

Editorial

Die in den letzten drei Jahrzehnten entfachten Debatten um die Rolle des Staates in entwickelten Demokratien ebenso wie um das Scheitern von Staaten anderer Gesellschaften hat zahlreiche Versuche zur theoretischen Einordnung und Bewertung einer breiten empirischen Evidenz hervorgerufen, die anzeigen, dass etwas Neues entsteht, das sich noch nicht auf den Begriff bringen lässt. Unpräntiös formuliert geht es darum, den massiven Wandel der Bestimmung und Erfüllung öffentlicher Aufgaben nach Inhalt, Struktur und Organisation, Prozessen und Ergebnissen zu begreifen. Diese Veränderung fordert alle Fachwissenschaften heraus, die man mit dem ehrwürdigen Begriff der Staatswissenschaften kennzeichnen könnte. Und dieser Herausforderung will sich die neue Zeitschrift stellen.

Programm

Die wissenschaftlichen Konzeptionen und die politischen Vorstellungen von Umfang, Reichweite und Steuerungstiefe sowie der guten Erfüllung öffentlicher Aufgaben verändern sich seit dem Ende des „Golden Age“ des Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit paradigmatisch. Grundsätzliche Staatskritik und der Trend, möglichst wenige Aufgaben einem hierarchisch geprägten Staat zuzuordnen, standen am Anfang. Die Wiederentdeckung zentraler politischer Verantwortung und guter Verwaltung sind die neuesten Botschaften. Ein international reichhaltiger Reformdiskurs über verschiedenste Formen der Aufgabenerfüllung und eine ebenso unterschiedliche Reformpraxis liegen dazwischen. Die Dimensionen dieses Veränderungsprozesses werden allgemein mit dem Begriff der „Modernisierung“ charakterisiert und als ganzheitliche und dauerhafte Anstrengung wahrgenommen.

Verschiedenste Fachwissenschaften haben sich zunehmend auf die Analyse dieses Prozesses spezialisiert und durch interne Differenzierung und konkurrierende Reformempfehlungen auch gegeneinander abgeschottet. Über das Zwischenergebnis des Reformprozesses im Sinne eines Designs des **modernen Staates** besteht keineswegs Konsens. Durch mangelnde Kommunikation zwischen den Wissenschaften bleibt auch für die rat-suchende Praxis unklar, welche Anstrengungen der Vergangenheit eine nachhaltige Wir-

kung haben können oder sollen. Die Vielfalt von instrumentellen Innovationen juristischer, finanz- und betriebswissenschaftlicher Art, welche für die praktische Umsetzung einer Modernisierung von Staat und Verwaltung essentiell sind, ist kaum noch zu übersehen.

Diese offen gebliebenen Fragen sollen in dieser Zeitschrift einer Antwort zugeführt werden, auch durch eine Verbreitung internationaler Erkenntnisse und Ergebnisse im deutschen Sprachraum im Lichte ihrer jeweiligen nationalstaatlichen Tradition und ihrer Veränderungen. Der Modernisierungsprozess wurde zwar als ein übernational verallgemeinerbarer und kontinuierlicher gedacht, in allen Ländern aber mehrfach unterbrochen und neu konzipiert. Häufig propagierte Lernprozesse durch Vergleiche sind deshalb mit großen Unschärfen behaftet, die der Klärung bedürfen.

Interdisziplinarität

der moderne staat kann in diesem Kontext kein Organ einer einzelnen Wissenschaftsdisziplin sein, sondern wird auf einem interdisziplinären Netzwerk basieren, dem durch die Auswahl der Mitherausgeber und Beiräte erste Konturen gegeben wurden. Darüber hinaus wird angestrebt, die Verbindung zu weiteren Netzwerken in verschiedenen Fachdisziplinen, überregionalen und internationalen Diskursen und länderspezifischen Orientierungen auszubauen. Interdisziplinarität ist seit geraumer Zeit ein häufig vorgetragenes Postulat, sowohl seitens der Wissenschaft selbst, als auch in Form eines Anspruches von „außen“, sei es der Wissenschaftsförderung, sei es der „Praktiker“, die mit der Bewältigung komplexer Problemlagen in jeweils spezifischen Politikfeldern konfrontiert sind.

Die paradigmatisch und professionspolitisch – zwangsläufig – abgegrenzten Wissenschaftszweige unterliegen dem Dilemma, grenzüberschreitend denken und forschen zu sollen (oder wollen) und dabei ihre Identität nicht preiszugeben. Praktizierte „Interdisziplinarität“ leidet deshalb einerseits unter dem Anspruch, einen gemeinsamen und theoretischen Rahmen zu finden, der oft überdehnt erscheint, andererseits an der Ansammlung von Einzelthemen und Projekten, die kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind oder bestenfalls durch Einigung auf ein methodisches Standardprogramm wenigstens formal verbunden werden können.

der moderne staat geht den *pragmatischen* Weg, indem die Zeitschrift sich an Schwerpunkten und Themenfeldern ausrichtet, zu denen sich unterschiedliche disziplinäre Ausrichtungen äußern sollen, wobei größte Toleranz gegenüber den disziplinspezifischen Identitätserwartungen garantiert wird, aber zugleich durch einen review process nach internationalen Standards die Qualität der Beiträge gewährleistet werden soll. Die Relevanz der jeweiligen Beiträge wird im Diskurs der Mitherausgeber, Beiräte und Autoren herausgefiltert. Wesentliche Kriterien sind hierbei neben der professionellen Qualität die Aktualität, die Orientierung am (internationalen) Vergleich und die Praxisnähe, wobei nicht die unmittelbare Anwendung der Erkenntnisse im Vordergrund steht, sondern die erhoffte Möglichkeit des „Transfers“ im Diskurs.

Struktur

Die Zeitschrift wird verschiedene Rubriken enthalten, von allgemeinen Abhandlungen über spezielle Aufsätze zu Forschungsagenda und Literaturberichten und auch Kontroversen. Wesentlich für die Umsetzung des Programms ist eine Schwerpunktbildung, jedoch nur für einen Teil des Heftes. Die restlichen Seiten sollen viel Raum für sehr unterschiedliche Themen bieten.

Für dieses Heft haben wir das Thema „**Bürokratie in der Kritik**“ gewählt, bei welchem die selbstgesetzten Kriterien prototypisch getestet wurden. Dieser Schwerpunkt wurde von *Jörg Bogumil* und *Werner Jann* betreut und erklärt sich fast von selbst. Einerseits ist die „Modernität“ des Staates seit der Staatssoziologie von Max Weber mit seiner anstaltlichen bürokratischen Qualität verbunden, andererseits war eben dieses Merkmal stets ein Anlass zu Befürchtungen und (häufig realisierten) Schreckensszenarien und steht seit Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts unter heftiger, teilweise fundamentaler Kritik, vor allem der neuen Disziplin des Public Management. Diese Ambivalenz „der Bürokratie“ wird in den hier gedruckten Beiträgen durchgängig thematisiert, wobei sich herauschält, dass sie nicht nur in Deutschland vorherrscht, sondern auch in anderen administrativen Kulturen einen Dreh- und Angelpunkt der Diskurse darstellt.

Reformvorhaben oder –wellen, die sich an der Bürokratie abreiben, stehen dabei vor der Herausforderung, die unbezweifelbaren zivilisatorischen Leistungen dieser modernen Institution auch bei notwendigen und nützlichen Veränderungen beizubehalten und instrumentelle Innovationen intelligent in die sich wandelnde Institution einzufügen. Populäre Kritik an (vorgeblich zunehmender) „Bürokratisierung“ vergisst häufig sowohl, dass sie Resultat des gesetzgeberischen Willens in pluralistischen Demokratien ist, ebenso wie die Schutzfunktion einer rechtsstaatlichen Verwaltung und die Angewiesenheit der Bürger auf diese vernachlässigt wird. Die Rechtfertigungsversuche der Amtsinhaber dienen allerdings häufig nur der Abwehr berechtigter Kritik. Insbesondere in diesem Kontext zeigt sich der Nutzen internationaler Vergleiche für den Diskurs im deutschsprachigen Raum, dem häufig eine profunde theoretische und empirische Auseinandersetzung z.B. mit den angelsächsischen „Importen“ fehlt, die kontextfrei in der Reformpraxis übertragen werden und nicht unbedingt zum Erfolg führen.

Themen

Der moderne staat strebt deshalb auch an, einen reflektierten Beitrag zum Wissenstransfer zu leisten. Die Themen reichen dabei vom Wandel und den Grenzen nationalstaatlicher Steuerungsfähigkeit in verschiedenen Politikfeldern bis hin zu Fragen der Effizienz, Effektivität und Qualität der öffentlichen Leistungen. Im Zentrum stehen neue Arrangements der Definition und Umsetzung öffentlicher Programme und Funktionen auf mehreren Ebenen des institutionellen Staatsaufbaus und Formen der Koordination differenzierter staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen und Akteure im öffentlichen Leistungsprozess. Eine Schlüsselfrage wird die nach den Wirkungen von policies auf Unternehmen und Bürger sowie nach deren Mitgestaltungsmöglichkeiten sein.

Wir bieten Wissenschaftlern aus einschlägigen Disziplinen an, diese Zeitschrift als ein Forum zu verstehen, in welchem relevante Themen aus dem hier knapp skizzierten Kontext bearbeitet werden können. Die folgende *Auswahl* kann dabei als erste Orientie-

rungs- oder gar „Operationalisierungshilfe“ dienen und soll die Leser aufmuntern, sich an der Debatte zu beteiligen. Einige Themen werden in diesem Heft bereits aufgenommen.

Die Planung für die nächsten Hefte sieht die Schwerpunkte „subnationals governments“, „Das Personal des modernen Staates“ und „Performance“ vor.

- „Neue Staatlichkeit“ als Institutionenwandel
- Europäisierung öffentlicher Aufgaben
- Public Policies: Entscheidungsprozesse, Design, Instrumente
- Policy-Wirkungen in Mehrebenensystemen
- Bürokratie zwischen Kritik und Wiederentdeckung
- Konsolidierung und Neuordnung der Staatsfinanzen
- Reform der subnationalen Funktionenordnung (devolution, decentralization)
- Dezentralisierung, Privatisierung und Regulierung
- Gewährleistungsstaat: Agenturen, Verträge, Verantwortung
- Neue Betriebsformen in der öffentlichen Aufgabenerfüllung
- Wohlfahrtsmärkte: Wettbewerb, Regulierung und Verbraucherschutz
- Verwaltung in Politikfeldern des Leistungsstaates
- Ökonomisierung der Verwaltung: Instrumente und Ergebnisse
- Der „performance state“: was hat der Bürger davon?
- „Staatskommunikation“: Wissensmanagement, Dialog, e-government
- Vom Beamten zum Dienstleister: Qualifikation und Motivation des Personals
- Professionspolitik: Interessenvertretung, Bezahlung, Dienstrecht

Zielgruppen

Die Zeitschrift wird ab 2008 zunächst halbjährlich (mit ca. 250 Seiten) erscheinen. Die Artikel unterliegen einem Begutachtungsverfahren und können als Originalbeiträge auch in Englisch erscheinen. Zielgruppen sind Forschende, Lehrende und Studierende in den einschlägigen Fachwissenschaften (u.a. Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht, Verwaltungswissenschaft, Public Management, Betriebs- und Finanzwissenschaft, Organisationssoziologie und -psychologie) sowie interessierte Praktiker im öffentlichen Sektor im weitesten Sinne.

Artikelvorschläge und Anregungen an die Redaktion sind herzlich willkommen.

Hannover im April 2008

Bernhard Blanke